

08. November 1917 - Vor 100 Jahren sowjetrussisches Dekret über den Frieden "an alle" kriegführenden Mächte.

16. November 1952 - Vor 65 Jahren gab die amerikanische Regierung erfolgreiche Tests der neuen Wasserstoffbombe bekannt

19. November 1917 - Vor 100 Jahren wurde Indira Gandhi geboren (gest. 31.10.1984)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

11. Ausgabe / 27. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

7. November 2017

DIE LINKE HALLE Gesamtmitgliederversammlung am 21.10.2017 Wahlergebnisse

Wahl zur Vorsitzenden

Marianne Böttcher 101 Stimmen

Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden

Matthias Bode 107 Stimmen

Dirk Gernhardt 84 Stimmen

Wahl zur Schatzmeisterin

Jana Bauermann 107 Stimmen

Wahl zum Stadtvorstand

Ute Haupt 103 Stimmen

Christine Zarend 87 Stimmen

ein Platz - Liste zur Sicherung der
Mindestquotierung - ist noch frei, wird zum
nächstmöglichen Termin nachgewählt

Swen Knöchel 97 Stimmen

Jan Röttschke 99 Stimmen

Stefan Schäfer 90 Stimmen

Delegierte Bundesparteitage 2018/2019

Marianne Böttcher 98 Stimmen

Marion Krischok 93 Stimmen

Matthias Bode 67 Stimmen

Swen Knöchel 67 Stimmen

Ersatzdelegierte Bundesparteitage 2018/2019

Hartmut Büchner 91 Stimmen

Elisabeth Nagel 92 Stimmen

Lydia Roloff 89 Stimmen

Jan Hoffmann 45 Stimmen

Wahl zur Finanzrevisionskommission

Franziska Ganz 87 Stimmen

Frigga Schlüter-Gerboth 91 Stimmen

Wahl zum Landesausschuss

Marion Krischok 93 Stimmen

Christine Radig 87 Stimmen

Wahl der Ersatzmitglieder Landesausschuss

Elisabeth Nagel 100 Stimmen

Georg Schütze 93 Stimmen



FÉDÉRATION INTERNATIONALE
DES RÉSISTANTS (FIR) –
ASSOCIATION ANTIFASCISTE

Abs: FIR, p.A. VVN-BdA, Magdalenenstr. 19, D – 10365 Berlin

An
die Medien

Päsident

Vilmos Hanti (Ungarn)
Vizepräsidenten
Filippo Giuffrida (Italien)
Gen. Michail Moiseev (Russland)
Christos Tzintsilonis (Griechenland)

Generalsekretär

Ulrich Schneider (Deutschland)

Mitglieder des Ehrenpräsidiums

Marcos Ana (Spanien) (†)
Jean Fournier (Frankreich)
Prof. Dr. Ilja Kremer (Russland)
Georgi Moraitis (Griechenland)
Janos Nagy (Ungarn)
Günter Pappenheim (Deutschland)
Baruch Shub (Israel)
Prof. Carlo Smuraglia (Italien)
Marie-Luise Vanderborgh-Veldemann
(Belgien)
Dr. Velko Valkanov (Bulgarien) (†)

Presseerklärung

Mit der Bitte um zeitnahe Veröffentlichung

Berlin, 26.10.2017

Mit großer Sorge verfolgt die FIR die aktuelle Entwicklung in Mitteleuropa. Verschiedene Entwicklungen machen deutlich, dass dieses Europa sich in eine reaktionäre politische Richtung weiterentwickelt. In der Bundesrepublik Deutschland erreichte die extrem rechte „Alternative für Deutschland“ (AfD) über 12% der Wählerstimmen und zieht mit etwa 90 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag. In Österreich hatten die Parlamentswahlen das Ergebnis, dass die konservative ÖVP eine Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ eingehen will. Deren gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung der Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Mitteleuropa. Verantwortlich dafür soll –auch nach dem Willen der ÖVP – Heinz-Christian Strache von der FPÖ sein. In der Tschechischen Republik haben der Rechtspopulist Andreij Babis (ANO) und der offen rechte Politiker Tomio Okamura (SPD) die Mehrheit der Mandate errungen. Ihr Credo lautet: Wir wollen keine weiteren Flüchtlinge in Europa aufnehmen. Okamura fantasiert sogar davon, die Islamisierung der Tschechischen Republik aufhalten zu müssen. Am ungarischen Nationalfeiertag schockiert Premierminister Viktor Orban (FIDESZ) die Welt mit seiner Erklärung von einer „migrantenfreien Zone“ in Ost-Mitteleuropa. Und die polnische Regierung betont ihre Haltung, keine Flüchtlinge im Rahmen der europäischen Solidarität aufnehmen zu wollen.

Diese Beispiele zeigen dass in Europa diejenigen politischen Kräfte an politischem Einfluss gewinnen, die mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus politische Stimmung gegen Migranten und Hilfsbedürftige machen.

Wir, die Mitgliedsverbände der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer können und werden uns nicht mit solchen rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen abfinden. Wir erinnern daran, dass in der Zeit der faschistischen Bedrohung viele tausend Verfolgte nur deshalb überleben konnten, da sie in anderen Ländern Aufnahme und Asyl fanden. Bis heute hält die Völkergemeinschaft es denjenigen Staaten, wie z.B. der damals neutralen Schweiz, vor, wenn sie – im Wissen um die Bedrohungssituation – Verfolgten keine Einreise ermöglicht hat. Solche Kritik ist jedoch scheinheilig, wenn dieselben Staaten und Institutionen heute selbst eine Abschottung gegenüber Flüchtlingen betreiben.

Die FIR unterstreicht ihre grundlegende Haltung: Wir wollen keine Festung Europa, die die zahllosen Toten im Mittelmeer billigend in Kauf nimmt. Europa muss offen bleiben für Menschen, die vor Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung, Hunger und Ausbeutung fliehen.

Wir fordern daher von der Europäischen Union,

1. eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht dazu beiträgt, dass in den nordafrikanischen Staaten oder im Nahen Osten Krieg, Elend und andere Fluchtgründe zunehmen.
2. diejenigen Menschen, die aus eben diesen Fluchtgründen nach Europa kommen, ohne Einschränkungen aufzunehmen.
3. alle Staaten der Europäischen Union zu gleichen Teilen an der Unterbringung und sozialen Betreuung der Flüchtling zu beteiligen. Staaten, die sich ihrer Verantwortung entziehen, sind mit entsprechenden Sanktionen zu belegen.
4. statt Rechtspopulismus Vorschub zu leisten, eine aktive Politik gegen den zunehmenden Rassismus und die Xenophobie zu betreiben. Europa kann nicht auf der Basis der Abschottung entstehen, sondern muss durch Offenheit und Toleranz geprägt sein.

Für den Exekutivausschuss der FIR

Vilmos Hanti
Präsident

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär

Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Magdalenenstr. 19, D- 10365 Berlin, **Generalsekretär** : Dr. Ulrich Schneider (Deutschland)

Fon +49 (0)30-55579083-4, Fax +49 (0)30-55579083-9, e-mail: office@fir.at, Internet www.fir.at

Bankverbindung: Postbank Berlin BLZ 100 100 10 , Kontonummer 543 054 107

IBAN: **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-Code/BIC: **PBNKDEFF**

Regionalbüros in Budapest, Brüssel, Athen und Moskau

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg. Die FIR ist im „EU Transparency Register“ unter der Nummer 241644214670-52 gemeldet.

Liebe Genossinnen und Genossen, Vereinsmitglieder, Freunde und Sympathisanten!

Zwischen Deutschland und Rußland sind die offiziellen Kontakte beinahe eingefroren, der Frieden in Europa und somit in der Welt ist gefährdet. Es ist höchste die Zeit, dass politisches Tauwetter die Beziehungen zwischen beiden Staaten bestimmt.

**„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland,
die zentrale Frage der europäischen Sicherheit“**

Zu diesem Thema spricht **Genosse Wolfgang Gehrcke**, Mitglied der Partei „DIE LINKE“ und ehemaliges Mitglied des Bundestages.

Wann: 14. November 2017 um 16:30 Uhr

Wo: Im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
(ehemaliges Bildungszentrum hinter der Schwimmhalle)

Kommunisten, Sozialisten, „Linksdenker“ und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.

Rotfuchs Förderverein e. V.
Regionalgruppe Halle

AUS DESSAU-ROßLAU GEFLÜCHTET UND VERTRIEBEN

EIN GEDENKPROGRAMM IM RAHMEN
DER VERANSTALTUNG
„LIEDER GEGEN DAS VERGESSEN“
ANLÄSSLICH DES 79. JAHRESTAGES
DES NOVEMBERPROGRAMMS VON 1938

**9.11.2017 17 UHR
MARIENKIRCHE
DESSAU**

Im Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung „Lieder gegen das Vergessen“ stehen Lebensgeschichten jüdischer Menschen aus Dessau-Roßlau, die aus Nazideutschland fliehen mussten oder vertrieben wurden. Das Programm wird vom Alternativen Jugendzentrum e.V. Dessau in Kooperation mit der Musikschule „Kurt Weill“ sowie Schülerinnen und Schülern des Gymnasium Philanthropinum und des Liboriusgymnasium gestaltet. Eingebettet in musikalische Beiträge berichten die Jugendlichen von der Ausgrenzung, den Gewalterfahrungen, den Schwierigkeiten der Flucht und Auswanderung, den unterschiedlichen Neuanfängen in den Zufluchtsländern und gescheiterten Versuchen, dem Holocaust zu entgehen. Die Lebenswege zeugen auch von Widerstand und Selbstbehauptung sowie den zerschlagenen Hoffnungen einer Gleichberechtigung durch Assimilation.

Die Gedenkrede zur Veranstaltung hält der Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau Peter Kuras.

Der Eintritt ist frei.

Es wird um eine Spende für den geplanten Synagogenanbau gebeten.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

AUS DESSAU-ROßLAU GEFLÜCHTET UND VERTRIEBEN

EIN GEDENKPROGRAMM IM RAHMEN
DER VERANSTALTUNG
„LIEDER GEGEN DAS VERGESSEN“
ANLÄSSLICH DES 79. JAHRESTAGES
DES NOVEMBERPROGRAMMS VON 1938

**9. NOVEMBER 2017 17 UHR
MARIENKIRCHE DESSAU**



GUE/NGL - SAVE THE DATE: 8. Dezember 2017

Fachgespräch und Podiumsdiskussion der Europaabgeordneten Martina Michels in Kooperation mit dem Europäischen Zentrum für Presse und Medienfreiheit – ECPMF.



Wann?

8. Dezember 2017

Wo?

Europäisches Haus und
Europa-Salon Berlin

Die Verfolgung von kritischen Journalisten in der Türkei hält an. Am 8. Dezember diskutieren in Berlin betroffene Journalistinnen und Journalisten und internationale Fachleute, in welchem Maße türkische Exilmedien sowie Publikationen über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter alternative Plattformen kritischer Presse sein können. In Fachgesprächen soll die Rolle sozialer Netzwerke als Vermittler von kritischem Journalismus in der Türkei sowie, als Reaktion auf die fortgesetzte Beschneidung kritischer Presse, das Etablieren von türkischen Exilmedien in Deutschland erörtert werden. Davon ausgehend soll geschaut werden, ob europäische Gesetzgebung auf nationaler wie supranationaler Ebene dazu beitragen soll und könnte, die Publikation via sozialer Medien zu stützen und abzusichern. In einer anschließenden Podiumsdiskussion im Rahmen des Europa-Salons wird öffentlich diskutiert, inwiefern sich bestehende europäische Exilmedien vernetzen könnten. Dabei sollen nicht nur Probleme und Lösungsansätze diskutiert werden, sondern auch wie eine stärkere Vernetzung zu mehr Medienpluralität beitragen kann.

Aus der Stadtratssitzung am 25. Oktober 2017

Wichtige Entscheidungen standen auf der Tagesordnung des Stadtrates. Doch zuvor sprach der Oberbürgermeister (OB) in seinem Bericht von einem Artikel in der Zeitschrift „Spiegel“. Der Artikel stelle die Stadt Halle (Saale) in einem sehr positiven Licht dar und der OB argumentierte, dass der beschrittene Weg der Stadt in den letzten Jahren der Richtige ist. Diese Reaktion rief wiederum Kritiker in der SPD-Fraktion hervor, die den OB für diese Darstellung kritisierten. Herr Wendt (SPD): „Ihre rücksichtslose „Ich bin der Größte und alle anderen sind Idioten“-Mentalität geht uns auf den Zeiger“.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan zum Nahversorgungsgebiet Ammendorf-Satzungsbeschluss wurde mit Mehrheit bestätigt. In Ammendorf soll ein neues Einkaufszentrum entstehen. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde dieser Beschluss abgelehnt. Und daraufhin gab es vom Oberbürgermeister einen Widerspruch. Den Widerspruch begründete der OB mit einer langen Vorbereitung des Investors mit entsprechenden Planungen etc. Unsere Fraktion hat im letzten Stadtrat und auch in dieser Sitzung mehrheitlich nicht zugestimmt. Grund dafür war, dass das Einzelhandelskonzept der Stadt Halle (Saale) unseres Erachtens nach „aufgeweicht“ würde.

Beschlossen wurde auch der Ausbau der Eissporthalle (Eisdome). Für 18 Millionen Euro soll der Eisdome ausgebaut werden, vor allem soll es mehr Plätze in der Halle geben. Aber noch gibt es die endgültige finanzielle Bestätigung aus dem Fluthilfefonds nicht, so dass ein finanzielles Risiko bestehen bleibt. Nur bei einer absoluten finanziellen Deckung werden die Aufträge ausgelöst, versprach der OB. Letztlich wurde dem Beschluss zugestimmt.

Sehr unterschiedliche Diskussionen gab es zum Bebauungsplan „Östliches Königsviertel- Aufstel-

lungsbeschluss“. Der Plan der Stadtverwaltung sieht vor, ein Kongresszentrum mit Hotel an dem Standort zu errichten und nicht, wie auch mögliche und in der Diskussion eingebracht, studentisches Wohnen. Bodo Meerheim machte in der Diskussion deutlich, dass ein Kongresszentrum immer Zuschüsse von der Stadt benötigen würde! Mit einer knappen Entscheidung - 29 Ja zu 25 Nein-Stimmen, wurde die Vorlage beschlossen. Ein Investor kann jetzt gesucht werden. Und endlich wurde auch beschlossen, dass die Zweite Integrierte Gesamtschule eine Aula bekommt! Lange genug hat es gedauert!!

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) wurde ebenfalls beschlossen. Es wurde über Monate diskutiert, Bürgerinitiativen einbezogen, Vorschläge eingearbeitet. Aber die Ideen der BI „Altes Rathaus“ werden nicht aufgenommen. Unsere Fraktion hatte den Vorschlag unterbreitet, den Antrag der BI zum Aufbau des „Alten Rathauses“ nicht aufzunehmen. Die BI hatte im Vorfeld und auch in der Bürgergesprächsstunde immer wieder auf das Begehren der BI aufmerksam gemacht. Das Abstimmungsergebnis war allerdings deutlich: Mit 31 zu 17 Stimmen wurde beschlossen, die Idee des „Alten Rathauses“ nicht in das ISEK aufzunehmen. Zugestimmt wurde auch der Umwandlung der Sekundarschule „Heinrich Heine“ in eine Gemeinschaftsschule, der vierten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sowie der 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“. Silberhöhe 2030.

Unsere Fraktion stellte im Stadtrat einen Antrag, Mindesthonorare für Lehrkräfte an der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ und am Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ einzuführen in Höhe von 25 Euro. Zur weiteren Beratung wurde der Antrag in die Ausschüsse verwiesen.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

02. 11. 2017

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 07. 12. 2017

Ziemlichen Streit gab es, als die Anfrage aller Fraktionen zum Thema „Vergabe von Leistungen“, hinter der Anfrage verbirgt sich, dass alle Fraktionen wissen möchten, welche Leistungen die Firma „Rauschenbach“ durch Vergaben und in welchem Kostenumfang in den Jahren 2010-2017 erbracht hat. Diese Anfrage wurde bereits für die Sitzung im September eingereicht. Der OB hatte in der Stellungnahme um Verschiebung der Antwort um einen Monat gebeten. Soweit so gut. Doch in der Stellungnahme zur Oktobersitzung erklärte der OB, dass er die Anfrage erst im Februar 2018 und mit ergänzenden Anfragen aus Gründen der Transparenz beantworten wolle. Doch diese Antwort erzürnte alle Fraktionen. Nach unserer Geschäftsordnung muß eine Anfrage von Fraktionen unverzüglich beantwortet werden. Die neuerliche Verzögerung der Beantwortung und vor allem der „Zusatz“ von Anfragen durch den OB haben die Stadträte nicht hingenommen. Bodo Meerheim kündigte eine Anfrage dazu beim Landes-

verwaltungsamt an.

Und nochmals gab es Auseinandersetzungen.

Unsere Fraktion hatte eine Akteneinsicht in einen Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Personal in der Stadtverwaltung angefordert. Die Verwaltung lehnte die Akteneinsicht ab, weil die Stadtverwaltung erst eine Stellungnahme erarbeiten und im Februar den Rechnungsprüfungsausschuss dazu informieren wollte. Auch hier hatte Bodo Meerheim angekündigt, sich an das Landesverwaltungsamt zu wenden. Inzwischen hat die Stadtverwaltung eingelenkt und eine Akteneinsicht angeboten.

Obwohl die Vorlage im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung war, „sickerte“ in der Öffentlichkeit durch, dass der Antrag von drei Fraktionen (wir gehören dazu) zum Kauf des Grundstückes Hafestraße 7 in die Ausschüsse zur weiteren Beratung und Bearbeitung verwiesen wurde.

Ute Haupt



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
November Geburtstag haben.**



In Berlin und (H)alle dabei – Hollywood ist in Sachsen-Anhalt

Ist der anzügliche Witz gegenüber der Kollegin oder der Kniff in den Po des Mitarbeiters sexuelle Belästigung?

Ja, wenn sie als unerwünscht empfunden wird.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, kurz AGG, sagt hier ganz deutlich in § 3 (3):

„Eine Belästigung ist eine Benachteiligung, wenn unerwünschte Verhaltensweisen [...] bezwecken oder bewirken, dass die Würde der betreffenden Person verletzt und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.“

Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat herausgefunden, dass mehr als 50% der Befragten schon Erfahrungen mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz gemacht haben. 81% der Befragten wussten

nicht, dass die Arbeitgeber für den Schutz ihrer Angestellten verantwortlich sind. Die Studie, die auf der Homepage der Antidiskriminierungsstelle heruntergeladen werden kann, fand außerdem heraus, dass Belästigungen vor allem unter Kolleginnen und Kollegen gleicher Hierarchiestufe stattfinden. Belästigungen seitens von Vorgesetzten rangieren auf Platz drei der Häufigkeiten. Dabei sind sowohl Frauen als auch Männer Opfer sexueller Belästigung.

Die erwähnte Studie stammt übrigens aus dem Jahr 2015 – lange bevor in Hollywood der Skandal um den einflussreichen Filmproduzenten Harvey Weinstein bekannt wurde. Nicht zu vergessen: Seit 2016 gibt es das verschärfte Sexualstrafrecht, in dem Nein heißt Nein festgeschrieben wurde. Damals waren die Übergriffe in der Kölner Silvesternacht der Grund für eine öffentliche Debatte über sexuelle Gewalt an Men-

schen. Und nun wird scheinbar erst durch die jüngsten Enthüllungen in Hollywood das ernste Thema der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz öffentlich breit diskutiert, wo es doch vorher eher belächelt zu werden schien.

Sexuelle Belästigungen sind aber schon seit Jahrzehnten keine Lappalien oder Kleinigkeiten. Sie kommen nicht nur in der Filmindustrie oder Politik vor, sondern betreffen vor allem – und nicht nur – zahllose Frauen weltweit und in allen Bereichen des Lebens. Der Hashtag #MeToo (deutsch: Ich auch) ging in den letzten Wochen viral durch das Netz. Die amerikanische Schauspielerin Alyssa Milano hat im Zuge des Weinstein-Skandals via Twitter Frauen dazu aufgerufen, diesen Hashtag als Antwort zu verwenden. Hunderttausende Frauen nutzen daraufhin diesen Hashtag, um auf ihre Erfahrungen mit sexueller Belästigung und Gewalt hinzuweisen.

Die Reaktionen schlagen bis heute Wellen und sorgen für Diskussionen – auch vonseiten der Männer. Die reagieren nun mit dem Hashtag #HowIWillChange (deutsch: Wie ich mich ändern werde) und solidarisieren sich mit den Betroffenen und diskutieren und reflektieren ihr eigenes Verhalten gegenüber sexueller Belästigung und Gewalt an ihren Mitmenschen.

Hollywood spricht darüber, Sachsen-Anhalt auch. Denn „Hollywood ist leider auch in Sachsen-Anhalt.“ sagt die Vorsitzende des Landesfrauenrates Eva von Angern auf einer Fachtagung mit dem Titel Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Fakten, Mythen, Konsequenzen, die am 25. Oktober 2017 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stattgefunden hat. Teil dieser Fachtagung war auch ein Workshop darüber, wie man sich vor sexueller Belästigung schützen kann.

Das geht beispielsweise über bewusst gesetzte Körpersprache. Raum nehmen, Größe zeigen und Stärke demonstrieren sind hier die wichtigsten Schlagworte. Wird die persönliche Distanz von einem Kollegen oder einer Kollegin unterschritten, so hilft zum Beispiel ein bewusster Schritt nach vorn oder zur Seite, um sich wieder Raum zu verschaffen. Eine unerwünschte

Umarmung kann durch einen demonstrativen Seitenwechsel unterbunden werden.

Manchmal hilft es schon aufzustehen, den Stuhl wegzurücken oder eben auch eine klare und bestimmte Anweisung wie „Stopp, Sie sind zu nah!“ in Verbindung mit einer deutlichen Stopp-Geste.

Darüber hinaus müssen unerwünschte Verhaltensweisen stets offen angesprochen und umstehende Mitmenschen als Unterstützung und Hilfe hinzugezogen werden. Wird das unerwünschte Verhalten daraufhin nicht unterlassen, führt kein Weg an einer Beschwerde vorbei.

Diese ist dann dringend erforderlich.

Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt führt auf seiner Homepage noch mehr mögliche Schritte an, die unternommen werden sollten, wenn sexuelle Belästigung auftritt.

Darüber hinaus braucht es natürlich auch jede Menge Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Die Netzwerkstelle Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt hat eine Kampagne entwickelt, die hierfür bereits umfangreiches Aufklärungs- und Informationsmaterial bietet.

Die Kampagne nennt sich So Nicht! und bietet Plakate, Buttons, Sticker und Postkarten zum Umgang mit sexueller Belästigung an, die auf der Homepage als Vordruckdateien heruntergeladen oder direkt in der Netzwerkstelle angefordert werden können.

Da finden sich zum Beispiel kleine Aufsteller und Aufkleber mit der Aufschrift Belästigungsfreier Bereich für Konferenzräume und Bürotüren und vieles mehr, die für das Thema sensibilisieren.

DIE LINKE. im Bundestag zeigt Sexismus, sexueller Diskriminierung und Gewalt die Rote Karte und fordert neben einem Verbandsklagerecht auch präventive Maßnahmen wie geschlechtersensible Pädagogik, Geschlechterquotierungen, Unterbindung sexistischer Werbung, aber auch den Ausbau und eine bedarfsgerechte Finanzierung von Schutz- und Hilfseinrichtungen.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz war und ist kein Mythos, sondern Realität, Alltag und eine Form von

sexueller Gewalt, vor allem an Frauen – aber auch an Männern – die nicht einfach abgetan werden sollte. Am 25. November 2017 ist wieder der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass nicht nur am 25. November, sondern an jedem Tag gegen diese Form

der Diskriminierung und Gewalt eingestanden werden muss. Die Sensibilisierung und verstärkte öffentliche Wahrnehmung hat durch Hollywood begonnen. Nun müssen ernsthafte Debatten weitergeführt und Maßnahmen ergriffen werden.

Petra Sitte

Post von Lene

Hallo, liebe Mitlinke, wir, die LAL- Koalition- nebst meinen Eltern und Großeltern sind froh und glücklich. Und ich will Euch auch schreiben warum.

Also: 30 000 Unterschriften mussten gesammelt werden, damit das Hohe Haus in Magdeburg sich mit unserer „Volksinitiative“ (ich habe zur Vorsicht noch mal im Duden nachgeguckt) beschäftigen muss. Wir hatten ja massenhaft Unterrichtsausfall, übrigens auch an unserem Gymnasium wegen mangelnder Lehrkräfte. 1000 sollten es mehr sein und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen für die kleinen Kakse an den Grundschulen. Dazu hatten wir, die LAL Euch auch mit aufgerufen. nebst allen anderen Linken und dem Elternrat und Lehrkräftevereinigungen, auch Gewerkschaften genannt, Stellt Euch vor, nicht nur 30000, sondern fast 100000 Leute haben unterschrieben!!! Klasse, was? Tja, Einigkeit macht eben stark! Jetzt war also im Hohen Haus in Magdeburg die Volksinitiative dran. Wie das so ablief, habe ich bei einem meiner Lauschangriffe im Namen der LAL bei Oma und Opa rausgekriegt. Die haben das nämlich über das Internet leif mit verfolgt. Das geht jetzt, wenn der

Computer modern ist. Und an den meiner Eltern darf ich nicht so ohne weiteres ran, weil sie den für ihren Dschob brauchen. So, nun zu dem, was ich rausgekriegt habe. Da hat soll doch der schwarzgefärbte Herr Minister Tullner richtig rumgeeiert haben und behauptet, dass er schon alles richtig macht, weil er eine „Trendwende“ im Lehrerwesen



erreichen konnte. Na, da habe sogar ich mich sehr gewundert, weil bei uns noch massenhaft Unterricht seit Schuljahresbeginn ausgefallen ist. Der Chef des Elternrates namens Jäger, durfte für die Volksinitiative im Hohen Haus reden. Stellt euch vor, er musste seine Rede unterbrechen, weil er empört war, dass die rechts sitzenden Leute (da soll die AfD neben der CDU sitzen) statt zuzuhören mit ihrem Handy gespielt haben. Herr Jäger sprach im Namen der Eltern!!! Und die rechts im Hohen Haus hören nicht einmal zu, als ob sie das nicht interessieren müsste. Schade, dass man da nicht wie in der Schule kein Handy-Verbot starten kann. Dann hat ein Herr Tillschneider von der AfD vom Leder gezogen. Ernante die Linken, die als einzige Partei den Aufruf mit verfasst haben, im Landtag deswegen Volksverführer und Heuchler, die die Zukunft der Kinder verderben, und die Eltern sollten sich nicht länger von den Linken missbrauchen lassen, die die „Wohlstandsmikranten“? in unser Land lassen, statt genug für die deutschen Kinder zu machen. Ich sage doch- die reinsten Nazis! Nun sind wieder die Flüchtlingskinder an allem schuld, sogar am Lehrkräftemangel, den es schon seit mehreren Jahren gibt, nur jetzt besonders krass, weil viele alte Lehrkräfte jetzt in Rente gegangen sind. Aber haben die im Ministerium nicht eine Art Statistik, in der steht, wie alt die Lehrkräfte sind und welche Fächer sie haben?

**Senioren-Cafe' am 29. November
ab 14:30 Uhr**

**im Linken Laden, Leitergasse 4:
Weihnachtlicher Jahresabschluß,
Vorschau auf 2018**

**Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger
am 15. November ab 16 Uhr**

**im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Straße 44
mit Dr. Achim Bittrich,
MdLV Sachsen-Anhalt**

**Thema: Die LINKE nach der Bundestagswahl
- Gäste sind herzlich willkommen! -**

Die Nachbarin meiner Eltern, die als Lehrerin an einer Grundschule arbeitet, sagte, dass sie schon mal 50 Kinder in der Turnhalle! unterrichten mussten, weil zwei Lehrerinnen die Grippe bekommen haben. Na toll! Und dann nennt uns die AfD Heuler, weil wir die Volksinitiative als einzige Partei mit ins Leben gerufen haben. Sind die bescheuert? Ich habe vielleicht eine Wut im Bauch. Die Vertreterin der SPD aber hat bei der Debatte eine Mitschuld! am Lehrkräftemangel

zugegeben. Und sie sieht im Unterschied zu Herrn Tullner noch keine „Trendwende“ und will das verändern. Opa sagt da immer: „Einsicht ist der erste Weg zur Besserung!“ Wir bleiben natürlich als LAL-Koalition an der Sache dran.

Übrigens- für unser Projekt „gewaltfreie Schule“ haben wir in unserer Klasse schon über die Hälfte gewonnen! Toll, was?

Tschüs, Eure Lene

Aus dem Landtag

Unterrichtsausfall auf Rekordniveau - Schulpflicht wird weiter ausgehöhlt

Der Ausfall von Unterricht aufgrund fehlender Lehrkräfte erreicht in den Schulen des Landes immer neue Höchststände. Im letzten Schuljahr 2016/17 wurden mehr als 6 Prozent des gesamten Unterrichtes nicht regulär gehalten.

Das entspricht mehr als 2 Unterrichtswochen ohne Unterricht. Die Spanne reicht dabei von knapp 5 Prozent an den Gymnasien bis fast 9 Prozent an den Förderschulen. Dieses Bild ergibt sich aus der Auswertung einer Kleinen Anfrage der Fraktion.

Der seit Jahren anhaltende negative Trend wurde durch die Einleitung sogenannter bedarfsmindernder Maßnahmen seit dem Schuljahr 2013/14 weiter verfestigt und verstärkt. Hierzu erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann:

„Wer immer noch glaubt, die ständigen Kürzungen in den Bedarfszuweisungen für die Schulen und die fortschreitende Unterausstattung mit Lehrkräften bleiben ohne Folgen für die Erteilung von Unterricht, sieht sich mit der aktuellen Statistik des Bildungsministeriums zu Unterrichtsausfall und Vertretung erneut eines Besseren belehrt.

Die steigenden Klassengrößen auf der einen und fehlende personelle Unterstützung auf der anderen Seite sorgen für so große Belastungen, dass immer mehr Lehrkräfte krankheitsbedingt ausfallen.

Gleichzeitig sinken durch die schlechte Unterrichtsversorgung die Möglichkeiten der Schulen, auf den Ausfall von Lehrkräften mit dem Einsatz anderer verfügbarer Lehrkräfte zu reagieren.

Der Anteil des Unterrichtes, der bei Abwesenheit von Lehrkräften regulär vertreten werden kann, ist dadurch von vormals etwa der Hälfte auf inzwischen nur noch ein Drittel gesunken.

Durch den ständig steigenden Vertretungsbedarf hat sich der Unterrichtsausfall an den allgemeinbildenden Schulen innerhalb der letzten zehn Schuljahre auf inzwischen mehr als 6 Prozent verdoppelt.

Schaut man unter diesen Bedingungen auf ein ganzes Schülerleben, so wird innerhalb von 10 Schuljahren schon für fünf volle Monate kein regulärer Unterricht mehr erteilt – an den Förderschulen ist es fast schon ein ganzes Schuljahr.

Folgt man den Meldungen auf der Homepage der Volksinitiative „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ und anderen statistischen Meldungen, muss davon ausgegangen werden, dass sich der Unterrichtsausfall im laufenden Schuljahr noch einmal erheblich ausweiten wird.

Wenn Schulen ganze Klassen nicht nur stundenweise, sondern tagelang zu Hause lassen müssen, weil keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung stehen, dann wird die Schulpflicht staatlicherseits aufgekündigt. Dies wird in den nächsten Wochen beim saisonalen Anstieg der Krankheiten noch mehrfach geschehen.

Der IQB-Bildungstrend 2016 hat nachdrücklich gezeigt, dass ein Nachlassen bei den Investitionen in das Bildungssystem den Bildungserfolg für viele Schülerinnen und Schüler verschlechtert.

Diese Entwicklung gefährdet die wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Grundlagen unsere Gesell-

schaft. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Volksinitiative schnellstmöglich für mehr Personal an den Schulen zu sorgen, die letzte Chance für die Landesregierung, das Ruder noch umzulegen und tatsächlich eine Wende in der Personalpolitik einzulei-

ten. Die Fraktion die LINKE wird sich in den Beratungen der kommenden Wochen mit allen Kräften für die uneingeschränkte Realisierung der Forderungen von fast 100.000 engagierten Bürgerinnen und Bürgern einsetzen."

Der große KiFöG-Bluff

In der Landtagssitzung am 26. Oktober hat die Landesregierung ihren heftig umkämpften Gesetzentwurf für eine Teilnovellierung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) vorgelegt.

Unter Beibehaltung der alten und inzwischen auch vom Landesrechnungshof als untauglich kritisierten Finanzierungsregelungen sollen lediglich kosmetische Korrekturen an der Höhe der Finanzzuweisungen an die Gemeinden vorgenommen und zumindest einige Forderungen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes erfüllt werden. Dazu erklärt die kinder- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Monika Hohmann:

Nach der Vorlage des Regierungsentwurfs für eine Teilnovelle des Kinderförderungsgesetzes ist jetzt die Katze aus dem Sack. Die Ankündigungen der Landesregierung, den Gemeinden im Zuge dieser Teilnovelle weitere 35 Millionen Euro zukommen zu lassen, um die Haushalte der Gemeinden zu entlasten und eine Senkung der Elternbeiträge zu ermöglichen, erweist sich als ein großer Bluff.

Denn mit der Erhöhung der Zuweisungen durch die Kindpauschalen in § 12 des KiFöG um ca. 34 Millionen Euro und der höheren Ausfallentschädigung für die Mehrkinderregelung (zusätzlich 1 Million Euro) wurden gleichzeitig die für 2018 bereits beschlossenen Sonderzuweisungen an die Gemeinden in Höhe von 23 Millionen Euro weggelassen.

Diese Millionen stammen aus dem von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten ehemaligen Betreuungsgeld und waren 2018 noch um ca. 2,5 Millionen Euro höher als 2017.

Unter dem Strich werden die Gemeinden im kommenden Jahr also tatsächlich lediglich 14,5 Millionen Euro mehr an Zuweisungen erhalten, als 2017. Davon sind 1 Million nur die Ausfallentschädigung für nicht erhobene Beitragsanteile bei mehreren Kindern und ca.

7,5 Millionen sind eingerechnet für die erwartete Tarifierhöhung aus der Tarifrunde 2018.

Den Gemeinden verbleibt also für eine Reduzierung ihrer Defizite in den Gemeindeshaushalten oder für Beitragssenkungen für die Eltern lediglich ein Spielraum im Umfang von ca. 6 Millionen Euro. Das sind bei ca. 145.000 Kindern gerade einmal 3,35 Euro pro Kind im Monat oder 40 Euro im Jahr.

Zwischen den Zuweisungen für die beiden großen Bereiche gibt es dabei gravierende Verschiebungen. Während es für die größere Zahl der Kindergartenkinder einen deutlichen Aufschlag von etwa 23 Euro im Monat geben soll, werden die Platzpauschalen für die Krippenkinder, die durch das Betreuungsgeld aufgestockt waren, jetzt wieder zurückgefahren und liegen dadurch um fast 28 Euro im Monat niedriger, als 2017. Diese Erkenntnis wird in vielen Gemeinden für ein böses Erwachen sorgen, denn sie hatten nach den Ankündigungen der Landesregierung etwas anderes erwartet.

Die zusätzlichen Belastungen im Landeshaushalt betragen ebenfalls nicht die in der Gesetzesbegründung angegeben 30,5 Millionen Euro.

Denn abzüglich der 23 Millionen Euro aus dem Betreuungsgeld 2018, das ja im Haushalt bereits verplant war und auch eingenommen wird, verbleibt es bei einem realen Aufwuchs von 7,5 Millionen Euro, was genau der erwarteten Kostensteigerung aus der Tarifanpassung der Vergütung der Beschäftigten entspricht.

Dies ist nun wirklich keine große Leistung der Landesregierung für die angeblich in einem zähen Ringen aus allen Ressorts Geld eingesammelt werden musste. Bei der prall gefüllten Kasse des Finanzministers war die Erledigung dieser Hausaufgabe ohne besonderes Aufsehen und ohne die Solidaropfer der anderen Ministerien möglich.

Bitte auch an andere Interessierte weiterleiten bzw. weitersagen!

Achtung, Änderung Ort Fachaustausch am 9.11.!

Liebe Teilnehmende und Interessierte, aus organisatorischen und technischen Gründen müssen wir den Fachaustausch am 09.11.2017 in eine andere Örtlichkeit verlegen:

Geschlechtliche & sexuelle Vielfalt - Update 2017, Interdisziplinärer Fachaustausch Donnerstag, 09. November 2017, 14:00 Uhr - 18:30 Uhr

Ort: BBZ „lebensart“ e.V., Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität, Beesener Straße 6, 06110 Halle, Anmeldungen sind kurzfristig noch möglich.

http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/FA_9.11.17_Handzettel.pdf

Viele Grüße vom Vorstand und Team des BBZ „lebensart“ e.V.

Fachinformationen zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt aktualisiert

In den letzten Wochen wurden sowohl die von uns erstellten Fachinformationen auf den aktuellen Stand gebracht wie auch externe Beiträge auf unserer Homepage neu strukturiert. Für Jede*n ist etwa dabei: ein aufbereiteter Überblick über Grundlagen und aktuelle Entwicklungen zu verschiedenen Komponenten geschlechtlich-sexueller Vielfalt wie auch umfangreiche Studien, Broschüren und Fachbeiträge. <http://www.bbz-lebensart.de/CMS/index.php?page=information>

Identität finden und ausdrücken - künstlerischer Workshop für Jugendliche ab 15 Jahre und junge Erwachsene

Samstag, 11. November 2017, ab 15:00 Uhr, BBZ „lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle
Workshop-Leitung: Frau Rose

In einer Gesellschaft wie der unseren, in der es häufig darum geht, sich mit etwas oder über etwas zu identifizieren und zu definieren, in der die Leistung eines Menschen an seiner genetisch nachweisbar geschlechtlichen Identität gemessen wird, soll dieser Workshop die Möglichkeit bieten, einen Raum zu schaffen, der die vielen Nuancen von geschlechtlicher Identität zulässt ohne zu werten und einen ganz individuellen Ausdruck findet. Durch den Einsatz künstlerischer Methodik

(großflächiger Einsatz von Zeichnungs- bzw. Farbelementen auf das Schaufenster der Räumlichkeit) wird die Auseinandersetzung mit dem Thema der geschlechtlichen Identität auf eine sehr intensiv-personliche Art und Weise möglich. Anmeldung bis 10.11. erbeten: marlen.weller-menzel@bbz-lebensart.de

EMIS: Europäische Internet-Befragung schwuler & bisexueller Männer 2017

Wissenschaftler und LGBT-Organisationen aus 45 Ländern führen (wie bereits 2010) eine aktuelle Studie durch und bitten um Teilnahme. EMIS ist ein Online-Fragebogen über Sex, Beziehungen und die Gesundheit schwuler und bisexueller Männer. Die EMIS-Macherschreiben: "Wenn du teilnimmst, kannst du vielleicht etwas über dich selber lernen. Wir lernen dank deiner Antworten deine Bedürfnisse besser kennen und können unsere Angebote verbessern. Wenn viele Männer an dieser Studie teilnehmen, senden wir auch ein Signal an die Behörden und die Gesellschaft, dass HIV und andere sexuell übertragene Infektionen immer noch sehr wichtig sind. Die Community braucht dich! Klick hier und mach mit!" <https://www.demographix.com/surveys/3Y9Q-VHRX/488HM65Z/?origin=1&survey=true>

Öffnungszeiten und Erreichbarkeit des BBZ „lebensart“ e.V.

Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität
Montag 12:00 bis 18:00 Uhr sowie Dienstag bis Freitag nach Terminvereinbarung

Katalog der Fachbibliothek des BBZ „lebensart“ e.V.

http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Inventarkatalog_Stand_08_2017.pdf

Offener Treff im BBZ „lebensart“ e.V.
jeden 3. Freitag im Monat ab 19 Uhr: Karaokeabend

Gruppen im BBZ „lebensart“ e.V.

Jugendgruppe Queerulanten: jeden Montag ab 18 Uhr Queer + Glauben Halle (Saale): Mittwoch, 1.11. und 6.12., 19 Uhr (in Laurentius-Gemeinde, Breite Str. 29, Eingang über Laurentiusstraße) Cross-Dreams-Halle: Sonnabend, 18.11., 19 Uhr Trans* und Inter*: unter bbz@bbz-lebensart.de erfragen